



Gerold Reichenbach, MdB

Ausgabe 09/2016

© Corinna van den Brink

SPD erneut stärkste Kraft in Berlin

Nach den Berliner Abgeordnetenhauswahlen am 18.09. bleibt die SPD stärkste Kraft im Berliner Abgeordnetenhaus. Mit 21,6 Prozent der Stimmen erreichten wir Sozialdemokraten 38 der 160 Sitze des Parlaments. 2011 erzielte die SPD noch 28,3 Prozent. Leider haben also auch wir nicht unbeträchtlich verloren.

Die Christdemokraten erzielten ein historisch schlechtes Ergebnis. Mit ihrem Spitzenkandidaten Frank Henkel erreichte die CDU nur 17,6 Prozent der Stimmen. Damit ist die Große Koalition abgewählt.

Die FDP konnte mit 6,7 Prozent der Stimmen die Rückkehr in das Parlament erreichen. Die „Piraten“ schafften es nicht mehr über die Fünf-Prozent-Hürde und

Kontakt:

Gerold Reichenbach, MdB
Bundestag

Paul-Löbe-Haus, Zi 7.544
11011 Berlin

Tel. +49 30 227 72150

Fax: +49 30 227 76156

Mail:

gerold.reichenbach@bundestag.de

Homepage:

<http://www.gerold-reichenbach.de>

Redaktion:

Carolin Lühe

V.i.S.d.P.:

Gerold Reichenbach, MdB

Stellungnahme zu CETA

In dieser Woche ist im Deutschen Bundestag über Anträge zum CETA-Abkommen mit Kanada abgestimmt worden. Es lagen Anträge jeweils von Grünen und Linkspartei, die das Abkommen grundsätzlich ablehnen, und ein Antrag der Koalitionsfraktionen, der die wesentlichen Bedingungen des Beschlusses des SPD-Konvents aufgenommen hat, zur Abstimmung vor.

Davor hat am Montag der SPD-Parteikonvent darüber beraten und beschlossen. Der [Konventsbeschluss](#) enthält wichtige Vorgaben für ein gutes Handelsabkommen. Wie dem Text zu entnehmen ist, beinhaltet er keineswegs – wie von der politischen Konkurrenz behauptet und in einigen Medien berichtet – eine endgültige Zustimmung zu CETA. Sondern er macht lediglich den Weg für die Ratsentscheidung frei und macht Vorgaben für rechtsverbindliche Klarstellungen, die in den Ratsverhandlungen oder in den Beratungen im Europäischen Parlament erreicht werden sollen. Die kanadische Handelsministerin hat bereits erklärt, dass sie dazu bereit ist. Und auch von den Gewerkschaften wird dies unterstützt.

Handelsabkommen, wenn sie gut sind, beinhalten die Möglichkeit, Standards, auch ökologische und soziale, zu setzen. Wer glaubt, durch die einfache Ablehnung von internationalen Handelsabkommen unser Land vor den negativen Folgen von Globalisierung schützen zu können, verkennt die Wirklichkeit. Gerade in der Vergangenheit haben international agierende Banken, Konzerne und Internetunternehmen gezeigt, wie sie deutsche und auch europäische Gesetze aushebeln und sogar ignorieren können, weil sich kein Land und keine Volkswirtschaft mehr der internationalen Vernetzung entziehen kann. Falsch wäre es natürlich sich dieser Form der faktischen Deregulierung einfach kampfflos zu ergeben oder sie durch schlechte Freihandelsabkommen auch noch zu legitimieren, wie dies Neoliberale und viele Konservative fordern. Genauso falsch ist es aber auch, zu glauben, man könne sich allein mit nationalen Regelungen schützen, wenn Produktion, Handel, Information und Geldströme längst untrennbar international verknüpft sind.

Genau auf dieser Erkenntnis basiert der Konventsbeschluss und macht Vorgaben für weiter zu erreichende Verbesserungen in Form von rechtsverbindlichen Klarstellungen bei der Einhaltung von Arbeitnehmerrechten und Sozialstandards, beim Schutz von Öffentlichen Dienstleistungen, für die Möglichkeit, Privatisierungen unbeschadet rückgängig zu machen, sowie beim Investorenschutz, der zu keiner Bevorteilung gegenüber inländischen Unternehmen führen darf.

versinken in der Bedeutungslosigkeit.

Die AFD ist am Sonntag mit 14,2 Prozent der Stimmen in das Abgeordnetenhaus eingezogen. Ein deutliches Signal an die etablierten Parteien. Das Thema „Flüchtlinge“ ist erkennbar nicht der einzige Grund für die Wahlentscheidung. Auch bei den Themen „Innere Sicherheit“ und „Soziale Gerechtigkeit“ fühlen sich die vielen Menschen von den etablierten Parteien nicht mehr verstanden.

Die LINKE erreichte 15,6 Prozent der Stimmen und liegt damit vor Bündnis 90/Die Grünen mit 15,2 Prozent.

Insgesamt bedeutet das Wahlergebnis viel Spielraum für die anstehenden Koalitionsverhandlungen.

Neben dreier Konstellationen mit Beteiligung der CDU wäre unter anderem ein Rot-Rot-Grünes Bündnis denkbar und wahrscheinlich.

Die Koalitionsverhandlungen in Berlin sind sicherlich nicht richtungsweisend für die Bundespolitik. Aber unser Parteivorsitzende Sigmar Gabriel sagt: „Erinnert euch an Willy Brandt! Er hat immer gesagt, wir brauchen in Deutschland eine Mehrheit diesseits der Union!“

Bundestag debattiert Jahresbericht zur Deutschen Einheit

26 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich der Bundestag am 30. September mit dem Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2016 ([Drs. 18/9700](#)) befasst. Der diesjährige Bericht thematisiert vor allem die wirtschaftliche Entwicklung, den Rechtsextremismus und die Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland.

Das Ziel der Bundesregierung bleibt nach wie vor, gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost-

Dies durchzusetzen ist nicht unmöglich. Auch bei der Forderung nach der Ablösung privater Schiedsgerichte durch eine internationale Handelsgerichtbarkeit in dem bereits ausverhandelten Abkommen hat man uns gesagt, das nutzt die SPD doch nur als Feigenblatt, das wird sie nie durchsetzen; jetzt ist es Bestandteil. Dass auch dies weiter von einigen Organisationen kritisiert wird, weil die Richter nur auf befristete Zeit berufen werden, hat weniger mit sachlicher Auseinandersetzung als eher mit eigenen Kampagneninteressen zu tun. Auch die Richter unseres Bundesverfassungsgerichtes werden nur auf Zeit ernannt.

Man sollte bei den Argumenten für oder gegen das Abkommen redlich bleiben. Mir ist nicht nachvollziehbar, worauf sich Aussagen stützen, dass

- für die Marktöffnung öffentlicher Dienstleistungen keine Ausnahmeregelungen gelten und
- Unternehmen die Möglichkeit bekommen sollen Schadensersatz zu fordern für entgangene Gewinne, also Gewinne, die sie möglicherweise hätten machen können.

Im CETA Abkommen sind ausdrücklich Ausnahmen für den "öffentlichen Bereich" vorgesehen. Redlicherweise lässt sich lediglich darüber diskutieren, ob diese ausreichen oder der Ansatz einer „Negativliste“ falsch ist, weil er künftige Entwicklungen nicht ausreichend schützt.

Auch die kursierenden Mutmaßungen, Gewinne wären gegenüber Staaten einklagbar, sind durch den Text zum Investorenschutz nicht gedeckt. Ausländische Investoren werden durch das Abkommen mit in- und ausländischen Unternehmen gleichgestellt, was den Entschädigungsanspruch gegenüber einem Eingriff in einen "ingerichteten Betrieb" betrifft. Kritisch war bislang, dass dieser vor einem Schiedsgericht und nicht vor einem ordentlichen Gericht eingeklagt werden konnte. Hier haben die europäischen sozialdemokratischen Handelsminister eine Veränderung und die Einrichtung eines mit unabhängigen Richtern besetzten Handelsgerichts erreicht. Letztere scheint mir für internationale Handelsabkommen der richtige Schritt. Die Tatsache, dass Richter nur auf Zeit benannt werden, ist nicht per se ein Beleg für ihre fehlende Unabhängigkeit. Diese Regelung gilt zum Beispiel auch für viele höchste Gerichte demokratischer Staaten.

Gleiches gilt aber auch für Argumente der Befürworter. So ist das Versprechen, durch die Abkommen würden zusätzliche Arbeitsplätze und zusätzliches Wachstum geschaffen, durch keine seriösen Studien belegt und positive Wachstumseffekte würden sehr ungleich verteilt. So wäre der Hauptprofiteur von TTIP die europäische und deutsche Automobil- und Zuliefererindustrie. Ein zugegebenermaßen – auch in meinem Wahlkreis Groß-Gerau – noch sehr wichtiger Wirtschaftsbereich. In den meisten anderen Bereichen würde eher die USA profitieren. Aber auch dies ist sehr spekulativ, da die den Automobilbereich betreffenden Kapitel noch hochumstritten sind und die USA gegenwärtig keine Bereitschaft zeigen, auf die europäische Forderung einzugehen. Im Gegenzug fordert die US-Seite, die Frage der Datenverarbeitung und des Datenschutzes auch über das Gebiet der Finanzdienstleistungen hinaus in das Abkommen mit einzubeziehen. tot“.

und Westdeutschland zu schaffen. Auch wenn dieses Ziel längst nicht erreicht ist, sind bereits große Fortschritte erzielt worden. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist von 1991 bis 2015 von 42,8 auf 72,5 Prozent des Niveaus der Westdeutschen Länder gestiegen. Insgesamt hat die wirtschaftliche Entwicklung im Osten Deutschlands in den letzten 15 Jahren jedoch nachgelassen. Das liegt auch daran, dass die ostdeutsche Wirtschaftsstruktur besonders kleinteilig ist. So hat 2014 nur ein Drittel der Industriebeschäftigten in Betrieben mit 250 und mehr Mitarbeitern gearbeitet. Zudem fehlen in Ostdeutschland Unternehmenszentralen.

Die Arbeitsmarktentwicklung in den ostdeutschen Ländern ist positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen hat weiter zugenommen. Sie erreichte in Deutschland 2015 den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung und in Ostdeutschland den höchsten Stand seit 1992. 7,6 Millionen Menschen waren im Osten Deutschlands erwerbstätig. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag 2015 in Ostdeutschland bei 9,2 Prozent und in Westdeutschland bei 5,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote ist in Ostdeutschland in 20 Jahren um 4,7 Prozent gesunken.

Auch die Löhne sind gestiegen. Die tariflichen Entgelte liegen bei 97 Prozent des Westniveaus. Die Einführung des Mindestlohns seit 1. Januar 2015 hat bei 1,1 Millionen Beschäftigtenverhältnissen in Ostdeutschland zu einer Anhebung der Löhne geführt. Das sind 22 Prozent der dortigen Beschäftigtenverhältnisse. Aufgrund des Geburtenrückgangs in Ostdeutschland in den

Ich habe durchaus Kritikpunkte an CETA, die sich im Wesentlichen mit den Positionen der Parteilinken in der SPD und den Forderungen zur Nachbesserung im Konventsbeschluss decken, aber ich bin ein Gegner falscher, vereinfachender und populistischer Argumente, egal ob sie von rechts oder von links kommen.

Im Grundsatz halte ich den SPD-Konventsbeschluss für richtig, ich habe aber erhebliche Probleme, was die Ungleichzeitigkeit der Abläufe betrifft. Über die vorläufige Inkraftsetzung der europäischen Teile des Abkommens, die rund 80% umfassen, wird jetzt im Ministerrat und anschließend im europäischen Parlament abgestimmt. Danach startet auch der Ratifizierungsprozess in den nationalen Parlamenten. Und erst dann kann beurteilt werden, ob die geforderten Nachbesserungen umgesetzt wurden. Wenn dies nicht der Fall ist, müsste der Bundestag dagegen stimmen.

Dieser Ratifizierungsprozess kann sich aber über mehrere Jahre hinziehen, so dass die Entscheidung im Bundestag dann erst in einigen Jahren (nach Erfahrung mit anderen Handelsabkommen teilweise sechs und acht Jahre) fiele. Meine politische Erfahrung mit solchen „Kopplungsgeschäften“ über eine längere Zeitschiene in der Vergangenheit, etwa bei der Finanztransaktionssteuer, die unsere Bedingung für die Zustimmung zum ESM-Rettungsschirm war, ist eher negativ.

Darum habe ich mich bei unserem Koalitionsantrag enthalten.

Dem Antrag der Linkspartei konnte ich nicht zustimmen, weil auch er solche unrichtigen populistischen Behauptungen enthielt. Dem der Grünen konnte ich ebenfalls nicht zustimmen, weil dort die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten keine Rolle spielt. Ich habe mich deshalb auch bei den beiden Oppositionsanträgen enthalten.

Die Kleinteiligkeit der Wirtschaftsstruktur ist auch ein Grund für die geringen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung der Wirtschaft. Allerdings verfügen viele Regionen Ostdeutschlands über einen vergleichsweise gut ausgebauten öffentlichen Hochschul- und Forschungssektor. Die Bundesregierung verfolgt den Ansatz, Netzwerke zu fördern sowie stabile und selbsttragende Strukturen und Institutionen zu unterstützen.

Bundesverkehrswegeplan 2030 – Investitionen für Hessen

Nicht zuletzt hat der Bundestag in dieser Sitzungswoche den sogenannten [Bundesverkehrswegeplan 2030](#) in erster Lesung beraten. Der Bundesverkehrswegeplan wird alle 15 Jahre erstellt und schreibt für die nächsten 15 Jahre fest, welche Straßen-, Schienen-, und Wasserstraßenprojekte in Deutschland, geplant, finanziert und gebaut werden.

Der Kabinettsentwurf, den die Bundesregierung im August dieses Jahres beschlossen hat, wird nun im Parlament beraten. Im parlamentarischen Verfahren können die Abgeordneten nun auf Änderungen und Verbesserungen hinwirken.

1990er-Jahren und der erst vor kurzem zum Stillstand gekommenen Abwanderung vor allem von jungen und gut qualifizierten Menschen stehen die fünf Länder vor der Herausforderung des Fachkräftemangels. Damit sich Zuwanderer für eine langfristige Perspektive in Ostdeutschland entscheiden, bedarf es in den ostdeutschen Ländern einer verstärkten Willkommens- und Anerkennungskultur, einer guten Infrastruktur sowie einer ausreichenden Zahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für die Zuwanderer und die Einheimischen.

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bekämpfen
Allerdings stellen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Intoleranz in den ostdeutschen Ländern eine ernsthafte Gefahr für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung dar. Allein im Jahr 2015 hat die Zahl der rechtsextremen und fremdenfeindlichen Übergriffe stark zugenommen. Bei den Protesten gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wurde deutlich, dass die Grenzen zwischen Protest und rechtsextremen Agitationsformen verschwimmen. Die Bundesregierung geht gegen diese besorgniserregende Entwicklung mit aller Entschlossenheit vor.

Die übergroße Mehrheit in Ostdeutschland steht für Demokratie und Toleranz ein. Sie muss weiter unterstützt und ermutigt werden, sich der rechtsextremen Bedrohung offen und sichtbar entgegenzustellen, damit nicht länger eine lautstarke Minderheit das Gesamtbild dominieren und verzerren kann.

Der neue Bundesverkehrswegeplan, der ein Gesamtvolumen von 269,6 Mrd. Euro umfasst, ist das stärkste Infrastrukturinvestitionsprogramm, das es in Deutschland je gegeben hat. Für Hessen beinhaltet der vorliegende Entwurf viele zentrale Projekte. Dies ist ein besonderer Erfolg unserer Landesgruppe, die sich in Berlin in den letzten Jahren mit Nachdruck und erfolgreich für hessische Infrastrukturprojekte eingesetzt hat.

Am Donnerstag etwa hat der Bund für den Weiterbau der A44 in Nordhessen 229 Mio. Euro freigegeben. Mit dem Geld sollen 7,7 Kilometer zwischen Sontra-West und der Talbrücke Riedmühle gebaut werden. Nun kommt es darauf an, dass auch der hessische Verkehrsminister in die Planung einsteigt, damit weitere für das Land Hessen wichtigen Projekte ebenfalls umgesetzt werden können.

Indessen werden wir uns im parlamentarischen Verfahren für die Hochstufung weiterer hessischer Infrastrukturprojekte einsetzen.

Das gilt insbesondere für den Ausbau der A 661, von dem sich die schwarz-grüne Landesregierung offenbar verabschiedet hat: Gegenüber dem Bund hat das hessische Verkehrsministerium von Minister Tarek Al-Wazir dem Projekt eine „absehbar schwierige Durchsetzbarkeit“ attestiert und so faktisch dafür gesorgt, dass der Ausbau der A 661 im neuen Bundesverkehrswegeplan nur mit niedriger Priorität als „Weiterer Bedarf“ eingestuft wird. Diese kurzsichtige Verhinderungspolitik können wir nicht mittragen und werden deshalb versuchen, hier etwas für die betroffenen Regionen zu erreichen.

Mehr Mittel für mehr Mehrgenerationenhäuser – auch das Caritasnetzwerk/ Familienzentrum Kelsterbach profitiert

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat heute den Weg für die Unterstützung weiterer Mehrgenerationenhäuser (MGH) in Deutschland geebnet. Auf Initiative der Hessischen SPD Abgeordneten Ulrike Gottschalck und des Koalitionspartners wurde der Titel um 3,5 Millionen Euro aufgestockt. Damit können rund weitere 100 Häuser, die das Interessenbekundungsverfahren erfolgreich durchlaufen haben, gefördert werden. Insgesamt werden dann etwa 550 Häuser vom Bundeszuschuss profitieren.

Der Bundestagsabgeordnete Gerold Reichenbach freut sich besonders, dass auch das Mehrgenerationenhaus Caritasnetzwerk/ Familienzentrum in Kelsterbach neu in das dritte Aktionsprogramm aufgenommen werden kann und Bundesförderung erhält.

Dass es sich lohnt, steht für Gerold Reichenbach außer Frage: „Mit den MGHs wird eine bedarfsorientierte Infrastruktur geschaffen, die soziales Miteinander und Vernetzung vor Ort quer über die Generationen hinaus fördert. Mehrgenerationenhäuser stärken den Zusammenhalt in der Gesellschaft und gestalten die Folgen des demografischen Wandels aktiv mit. Und sie sind wichtige Begegnungsorte für Menschen aller Generationen und damit in zukunftsgerichteter Baustein bei der sozialen Gestaltung der Städte und Wohnquartiere.“